

Experten und Studien

Die Wissenschaft warnt

Preiserhöhungen, weniger Arbeitsplätze, wirkungslos in der Armutsbekämpfung – gerade bei wirtschaftlich schwierigen Rahmenbedingungen fallen die negativen Arbeitsmarkteffekte besonders negativ aus.

Die Bekämpfung von Armut ist eines der Hauptargumente der Gewerkschaften und der politischen Linken, warum es die Mindestlohninitiative brauche. Ein hehres Ziel, nur ist die Mindestlohninitiative das falsche Mittel dagegen. Das sagen sogar Ökonomen, die tendenziell für die Einführung von Mindestlöhnen sind, wie Michael Siegenthaler, Ökonom der ETH Zürich. In der *bzbasel* vom 24. April sagte er: «Zur Armutsbekämpfung eignet sich das Instrument nur wenig. In der Schweiz ist man arm, wenn man keinen Job habe oder nur mit einem geringen Pensum arbeitet.» Das Hauptanliegen der Initianten kann also nicht erreicht werden.

Professorin der Uni Basel mit deutlichen Worten

Im Gegenteil. Conny Wunsch, Professorin für Arbeitsökonomie an der Universität Basel, schreibt in ihrer Stellungnahme zuhanden des Grossen Rats: «Negative Beschäftigungseffekte treffen immer diejenigen, die eigentlich von den Mindestlöhnen profitieren sollten. Dies kann dazu führen, dass die Zielgruppe von Mindestlöhnen am Ende schlechter gestellt ist als ohne Mindestlöhne.» Zudem berge ein Mindestlohn die Gefahr, dass das Entlassungsrisiko bei Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen überproportional steige und Unternehmungen noch zurückhal-



Weniger Jobs: Nach der Einführung des Mindestlohns in Deutschland 2016 nahm das Jobwachstum in den betroffenen Branchen stark ab.

tender bei der Einstellung betroffener Stellensuchender im Zuge einer wirtschaftlichen Erholung seien. «Dies würde sowohl das Arbeitslosigkeitsrisiko als auch die Arbeitslosigkeitsdauer für die Zielgruppe von Mindestlöhnen erhöhen», schreibt Professorin Conny Wunsch.

Weniger Arbeitsplätze im Tieflohnbereich

Die Befürworter der Mindestlohninitiative und des Gegenvorschlags behaupten, dass Mindestlöhne nicht zu einem Arbeitsplatzabbau führen. Sie verweisen dabei auf Studien aus Deutschland und den USA. Nur schon ein Blick auf die Höhe der Mindestlöhne in diesen Ländern zeigt, dass es absurd ist, dies mit der Einführung des weltweit höchsten Mindestlohnes in Basel zu vergleichen. In den USA beträgt der Mindestlohn 7.40 Dollar, in Deutschland 9.50 Euro.

Trotz dieses viel tieferen Mindestlohnes zeigen neue Zahlen aus Deutschland eine klar negative Wirkung auf die Anzahl der Arbeitsplätze in Tieflohnbranchen. Konkret: Seit der Einführung des Mindestlohns 2016 ist das Jobwachstum in den Tieflohnbranchen deutlich zurückgegangen.



«Spitzhacke»

KOLUMNE

Details? Fakten? Warum auch?

In Abstimmungskämpfen wird ja gern mal zugespitzt. Als «Spitzhacke» kann man dagegen eigentlich nicht viel sagen. Krass daneben zu hacken, ist aber doch eine ganz andere Sportart. Ausgeübt haben diese jüngst Jessica Brandenburger (SP) und Jérôme Thiriet (Grüne), beide Mitglieder des Grossen Rats. Und bei der Mindestlohninitiative an vorderster Front dabei.

Aber hey, das muss offensichtlich nichts heissen. Schon gar nicht, dass man den Inhalt der eigenen Initiative kennt. Auf die Sorgen von Unternehmerinnen aus dem Temporär- und dem Gastrobereich sagte Frau Brandenburger zu Prime News: «Ich nehme diese Sorgen sehr ernst, verweise aber gleichzeitig auf das geplante Gesetz, das ebensolche Ausnahmen vorsieht». Und Jérôme Thiriet kommentierte ebenda: Gesamtarbeitsverträge seien vom Mindestlohn ausgenommen.

Hmm, blätter, blätter (wobei der Initiativtext ist ja recht kurz und online bequem nachzulesen): Nein, das ist falsch. Es gibt keine Ausnahmen für Branchen mit Gesamtarbeitsverträgen. Alle sind betroffen. Punkt.

Aber wir wollen den beiden ja keinesfalls unterstellen, dass sie dies bewusst falsch dargestellt haben. Da dies nun jedoch geklärt ist, freut sich das Gegner-Lager schon auf zwei neue Mitglieder, die dagegen sind, dass die Gesamtarbeitsverträge in den Branchen übersteuert werden. Welcome!